

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/07/2021

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 10.11.2021,
Ahrensburg, Rettungszentrum, Am Weinberg 2**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 23:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Schmidt

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel

Herr Oliver Böge

Herr Uwe Gaumann

Herr Rolf Griesenberg

Frau Cordelia Koenig

Herr Detlef Levenhagen

Herr Bela Randschau

Frau Karen Schmick

Herr Nils Warnick

i. V. f. Herrn Goldbeck
bis 22:00 Uhr

i. V. f. Herrn Proske

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram

Frau Michaela Knaack

Herr Jan Jasper Lauert

Frau Sibylle von Rauchhaupt

i. V. f. Herrn Kleinschmidt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

Frau Susanne Lohmann

Herr Ali Haydar Mercan

Herr Dr. Detlef Steuer

Verwaltung

Herr Peter Kania

Frau Stefanie Soltek

Herr Jan Richter

Herr Dominic Demme

Frau Claudia Cornehl

Protokollführerin

Gäste

Frau Sabine Andresen
Herr Torben Sell

Frau Steffi Gerecke
Frau Ulrike Dietz
Herr Boris Georgieff
Herr Malte Matzen
Frau Solvie Sander-Richter
Frau Susanne Ganshorn
Herr Rolf de Vries
Herr Knut Hasenbank
Herr Filip Schwen

Andresen Landschaftsarchitekten
claussen-seggelke Stadtplaner
mbH

HundeZeit
Verein „Nachhaltig 365 e. V.“
Verein „Nachhaltig 365 e. V.“
BUND Ahrensburg
BUND Ahrensburg
HundeZeit
Naturschutzbeauftragter

Hamburger Abendblatt

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Jochen Proske

Bürgerliche Mitglieder

Herr Klaus Goldbeck

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2021 vom 11.08.2021
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2021 vom 08.09.2021
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- keine -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. S4/Hinterlandanbindung Fehmarn Belt Querung:
Aktuelle Gesprächen und Planungen
- ver tag t -
 - 7.2.2. Spielplatz „Reesenbüttel Wäldchen“
 - 7.2.3. Bepflanzung Parklets
 - 7.2.4. Erhöhung eines weiteren „Baumpflege-Trupp“
 - 7.2.5. Hundesportplatz Hagener Allee
 - 7.2.6. Beantwortung der Einwohnerfragen des Herrn Gunter R. Schröter zum Thema „Parklets“ und Beschlusslage zu den Parkplätzen in der Innenstadt
 - 7.2.7. Beantwortung der Fragen aus dem Antrag zum Umweltausschuss am 08.09.2021 „Prüfung Alternativen zur Güterverkehr-Trassenführung“
 - 7.2.8. Fahrradkonzept – Umsetzung der Maßnahmen aus 2014
8. Vorstellung des Vereins „Nachhaltig 365 e.V.“

- | | | |
|-------|--|--------------------|
| 9. | 51. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich "Alte Reitbahn" - Flurstücke 973 und 972 der Flur 8 sowie Flurstück 1 der Flur 9
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage | 2021/061 |
| 10. | Bebauungsplan Nr. 99 "Alte Reitbahn"
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage | 2021/059 |
| 11. | Bebauungsplan Nr. 100A
- Teilung des Geltungsbereichs des B-Plans Nr. 100
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage | 2021/060 |
| 12. | Treibhausgasneutralität | |
| 12.1. | CO2-Bilanz - Nutzen/Methodik | |
| 12.2. | Antrag der CDU "Treibhausgasneutralität d. öffentlichen Gebäude in Ahrensburg | AN/046/2021 |
| 12.3. | Antrag der Bündnis 90/Die Grünen zur Aufstellung einer CO2 Bilanz der Stadt Ahrensburg | AN/047/2021 |
| 12.4. | Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion Klimarelevante Emissionen Stadt Ahrensburg | AN/053/2021 |
| 13. | Urbaner Stadtpark in Ahrensburg | |
| 13.1. | Anfrage der FDP zur Generierung von Fördermitteln für den Urbanen Park | AF/2021/015 |
| 14. | Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts | 2021/087 |
| 15. | Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023 | 2021/089 |
| 16. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Elmers ergreift das Wort und führt aus, dass es seiner Meinung nach in Zukunft einen Mehrbedarf von Stellplätzen im Bereich der Bahnhöfe sowohl an PKW-Stellplätzen, Stellplätzen mit Ladeanschluss als auch Fahrradstellplätzen geben wird. Im Anschluss richtet er nachfolgende Fragen an die Verwaltung.

Frage: Hat es eine Bedarfsschätzung in Zusammenarbeit mit der Nah.SH gegeben, wie viele Stellplätze zukünftig benötigt werden?

Antwort: Die Verwaltung führt dazu aus, dass es seitens der Bahn eine Ermittlung der Fahrgäste gibt, welche in den Planfeststellungsunterlagen entsprechend aufgeführt werden. Eine Ermittlung von Stellplätzen gibt es nicht. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Mehrheit an Personen „Einpendler“ sind, welche aus Hamburg kommend die Unternehmen im Gewerbegebiet aufsuchen. Wie im Bau- und Planungsausschuss ausreichend erläutert, war eine Aufstockung der vorhandenen P+R-Anlage „Alter Lokschuppen“ von zwei Geschossen geplant. Aus statischen Gründen ist dies nicht möglich, sodass es nur eine eingeschossige Aufstockung geben kann. Eine Bodenuntersuchung im Laufe des kommenden Jahres steht noch aus. Eine weitere Möglichkeit, Stellplätze auf dem geplanten neuen Gebäude in Anbindung an die vorhandene P+R-Anlage entstehen zu lassen, wurde aufgrund eines ebenfalls geplanten Wohngebäudes hier aus Schallschutzgründen verworfen. Im B-Plan Nr. 100 A ist eine Tiefgarage geplant.

Herr Elmers bittet den Umwelt Ausschuss darum, die Anfahrbarkeit und Zubringerfunktion der verschiedenen Bahnhöfe auf Ahrensburger Stadtgebiet unter naturschutzrechtlichen Aspekten im Blick zu behalten.

Herr Matzen vom BUND hatte vorab folgende Fragen per Mail eingereicht und bittet um deren Beantwortung.

Frage: In der Ausschusssitzung am 08.09.2021 teilte die Stadtverwaltung mit, dass "mittlerweile bereits fast die Hälfte der innerstädtischen Straßenbeleuchtung mit LED-Technik ausgestattet wurde." Welche Pläne zur weiteren Modernisierung der Straßenbeleuchtung hat die Stadt für die kommenden Jahre? Nach welchen Kriterien wurde und wird die Straßenbeleuchtung ausgewählt? Wurden und werden neben der Energieeinsparung auch die Vermeidung von Lichtverschmutzung und der Insektenschutz dabei beachtet? Wie bewertet die Stadt die aktuelle Situation der Lichtverschmutzung in Ahrensburg allgemein?

Antwort der Verwaltung: Dies ist ein Thema des Bau- und Planungsausschusses. Bei Austausch- und Umstellung der Leuchtmittel werden, anders als in anderen Städten, meistens gesamte Straßenzüge betrachtet und in deren Folge sogenannte Leuchtprofile erstellt. Dieses führt oftmals dazu, dass es eine Erweiterung von Standorten gibt, d. h. wo jetzt zwei Straßenlampen stehen, werden in Zukunft drei Leuchteinheiten platziert. LED-Leuchten strahlen nach unten und anders wie vorhandene Einheiten nicht in die Breite. Durch die Erhöhung der einzelnen Leuchteinheiten kann trotzdem die Lichtverschmutzung erheblich reduziert werden. Weitere Ausführungen hierzu kann der BPA liefern.

Frage: Im Wulfsdorfer Weg zwischen Am Haidschlag und Übergang in die Fritz-Reuter-Straße sind kürzlich neue Markierungen in Form von Fahrrad-Piktogrammen auf der Fahrbahn aufgebracht worden. Im Rahmen welcher Maßnahme ist dies geschehen? Was bedeutet dies für den Rad- und Autoverkehr im Wulfsdorfer Weg? Handelt es sich um sogenannte "Sharrows" mit reinem Hinweischarakter oder sind dies bindende Verkehrszeichen? Werden weitere ähnliche Maßnahmen für den Fahrradverkehr im Wulfsdorfer Weg oder im restlichen Stadtgebiet demnächst folgen?

Antwort der Verwaltung: Die Verwaltung teilt dazu mit, dass die Beantwortung dieser Frage schriftlich durch den entsprechenden Beauftragten der Verwaltung erfolgt. Ein Ausschussmitglied, welches gleichzeitig in der Fahrrad AG tätig ist, erläutert kurz: Die Markierung im Wulfsdorfer Weg wurden angebracht, da hier die Benutzungspflicht des Radweges aufgehoben wurde und es seitdem mehrere Zwischenfälle mit Autofahrern gab. Die Straße ist in diesem Bereich lt. der gültigen Straßenverkehrsordnung zu schmal um Fahrrad-schutzstreifen anlegen zu können. In dessen Folge kam aus der Fahrrad AG der Vorschlag, kleine Piktogramme aufzubringen und hier das Bewusstsein für die Autofahrer zu erhöhen.

Frage: Der Ausbau der Bahnstrecke S4 durch Ahrensburg wird die Stadt für Menschen und insbesondere Wildtiere stärker teilen. Wie bewerten die Stadtverwaltung und die Fraktionen die von der Deutschen Bahn geplanten bzw. nicht geplanten Querungshilfen und Ausgleichsmaßnahmen? Für welche weiteren Naturschutzmaßnahmen werden sich die Stadtverwaltung und die Fraktionen einsetzen?

Antwort der Verwaltung: Derzeit verfügt die Stadt Ahrensburg noch über keine entsprechenden Planungen. Die Planfeststellungsunterlagen werden voraussichtlich erst Mitte 2022 veröffentlicht. Entsprechende Informationsveranstaltungen seitens der Bahn sind geplant. Auf der Projektseite der „S4“ gibt es zu den Planfeststellungsverfahren I+II ein Kapitel „Natur“. Der Planfeststellungsverfahren zu III ist hier noch nicht aufgeführt.

Weitere Fragen seitens der Anwesenden bestehen nicht. Die Einwohnerfragestunde wird somit geschlossen.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende erfragt bei den anwesenden Ausschussmitgliedern, ob es Änderungswünsche oder Notwendigkeiten für eine Änderung bestehen.

Herr Mercan bittet darum, zum **TOP 8** Frau Dietz und Herrn Georgieff als sachkundige Bürgerin und Bürger zu hören. Seitens der Ausschussmitglieder wird befürwortet, dass dem entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. stattgegeben wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ein Ausschussmitglied gebeten hat, den **TOP 11** vorzuziehen. Die Tagesordnungspunkte 9 - 11 sollen auf Wunsch der Verwaltung zusammengefasst und durch die entsprechenden Gäste der Planungsbüros vorgestellt werden.

Weitere Anmerkungen der anwesenden Ausschussmitglieder gibt es nicht. Demzufolge wird im Anschluss über die geänderte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2021 vom 11.08.2021

Keine Einwendungen, das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2021 vom 08.09.2021

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung weist darauf hin, dass unter den Anwesenden versehentlich Frau Irmgard Schulz-Wheater als anwesendes Mitglied des Seniorenbeirates aufgeführt wird. Richtig ist, dass stellvertretend für Frau Schulz-Wheater Frau Angelika Grabow an der Sitzung teilgenommen hat.

Keine Einwendungen, die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— keine —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

**7.2.1. S4/Hinterlandanbindung Fehmarn Belt Querung:
Aktuelle Gesprächen und Planungen**

— vertagt —

7.2.2. Spielplatz „Reesenbüttel Wäldchen“

Der neu gebaute Spielplatz an der Reesenbüttel Schule wurde heute eingeweiht und damit seiner Bestimmung übergeben.

7.2.3. Bepflanzung Parklets

Die Bepflanzung der Parklets wird in dieser Woche durch den städtischen Bauhof erfolgen. Pflanzen und Erde sind vorhanden und eine Umsetzung kann nach vorheriger Verzögerung jetzt erfolgen.

7.2.4. Erhöhung eines weiteren „Baumpflege-Trupp“

Die Verwaltung teilt mit, dass der städtische Bauhof plant, einen weiteren Baumpflege-Trupp aufzubauen. Hintergrund ist die Zunahme des Pflegeaufwandes für den städtischen Baumbestand. In der Vergangenheit mussten zunehmend Arbeiten an externe Dienstleister vergeben werden. Grundlegende Arbeiten konnten durch eigene Mitarbeiter nicht mehr durchgeführt werden. Diese Information wird mit einer entsprechenden Vorlage detailliert dem zuständigen Werksausschuss vorgestellt und dient dem Umweltausschuss vorab hier nur zur Kenntnisnahme.

7.2.5. Hundesportplatz Hagener Allee

In Kürze wird die Rück-/Übergabe der jetzigen Pachtfläche in der Hagener Allee an die Stadt erfolgen. Die Verwaltung ist mit der Liegenschaft im Gespräch, um mögliche Ersatzflächen anzubieten. Geeignete Flächen könnten im südlichen Bereich des Stadtgebietes zur Verfügung stehen. In einer kommenden Sitzung des Umweltausschusses wird über den Fortgang berichtet werden.

Der Vorsitzende erfragt, um welche Fläche es sich hierbei handelt. Die Verwaltung teilt dazu mit, dass die angedachte Fläche im Bereich des „Braunen Hirsch“ liegt und es hierbei bereits positive Signale hinsichtlich der Verfügbarkeit und Eignung gegeben habe.

7.2.6. Beantwortung der Einwohnerfragen des Herrn Gunter R. Schröter zum Thema „Parklets“ und Beschlusslage zu den Parkplätzen in der Innenstadt

Die schriftliche Beantwortung der Fragen des Herrn Schröter im Rahmen der Einwohnerfragestunde werden diesem Protokoll unter **TOP 3** „Einwohnerfragestunde“ im Anhang beigelegt, da Herr Schröder nicht an dieser Sitzung teilnimmt.

7.2.7. Beantwortung der Fragen aus dem Antrag zum Umweltausschuss am 08.09.2021 „Prüfung Alternativen zur Güterverkehr-Trassenführung“

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass die Fragen an die DB Netz AG am 16.09.2021 schriftlich weitergeleitet wurden. Eine Stellungnahme der DB Netz AG vom 22.10.2021 wurde an die Ausschussmitglieder bereits vorab weitergeleitet und wird diesem Protokoll als **Anlage** beigelegt. Die Verwaltung möchte darauf hinweisen, dass die Variantenprüfung auch Bestandteil des Planfeststellungsabschnitt III sein wird. Durch den Planfeststellungsbeschluss für den Planfeststellungsabschnitt I vom 24.08.2020 und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 05.10.2021 ist die Streckenführung durch die DB Netz AG aber bereits bestätigt worden.

7.2.8. Fahrradkonzept – Umsetzung der Maßnahmen aus 2014

Die Verwaltung berichtet, dass die Zuständigkeit des Fahrradkonzeptes im Bau- und Planungsausschuss angesiedelt ist. Entsprechende Anfragen sind an diese Stelle zu richten. Der Vorsitzende bestätigt die Zuständigkeit und verweist ebenfalls auf den BPA.

8. Vorstellung des Vereins „Nachhaltig 365 e.V.“

Frau Dietz und Herr Georgieff, Vorstand für den Verein „Nachhaltig 365 e. V.“, stellen zunächst die als **Anlage** beigefügte Kurzpräsentation vor. Diese Präsentation wurde den Ausschussmitgliedern bereits vorab zugesandt.

Vorab erläutert Herr Georgieff, dass dieses Projekt bereits allen Fraktionen und 09/2020 sowie 03/2021 vorab der Verwaltung vorgestellt wurde.

Im Anschluss der Präsentation werden in einer Fragerunde von Ausschussmitgliedern folgende Fragen gestellt:

- Wie lang ist die geplante Lebensdauer dieser Hochbeete?
- Werden die Bewohner alle im Stadtgebiet verteilten Hochbeete pflegen?
- Soll die Pflege ausschließlich durch Jugendliche erfolgen oder ist der Einbezug auch von älteren Einwohnern geplant?

Herr Georgieff teilt mit, dass die Projektzeit derzeit für fünf Jahre angelegt ist. Die Pflege und Instandhaltung der Hochbeete ist für diese Zeit durch das Bruno Bröker Haus (BBH) gesichert. Der Standort der geplanten zehn Beete soll konzentriert auf einem Standort innerhalb des zentralen Stadtgebietes erfolgen, sodass eine Erreichbarkeit der Pflegenden ermöglicht wird. Der Einbezug von älteren Einwohnern in Zusammenarbeit mit Jugendlichen ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen, da dies eine mögliche Kommunikation untereinander fördert. In erster Linie ist jedoch eine Patenschaft mit den jungen Leuten aus dem BBH angedacht. Frau Dietz führt aus, dass hierdurch Beschädigungen im Rahmen von Vandalismus verringert werden könnten.

Ein Ausschussmitglied meldet Bedenken an, dass eine Bezahlung der Pflegenden erfolgen soll. Vielmehr sollte hier über eine Spende in Form der Ausrichtung eines Sommerfestes nachgedacht werden.

Die Verwaltung teilt ebenfalls mit, dass ein Geldmittelabfluss an den Verein nicht ohne Ausschreibung möglich ist. Aus Sicht der Verwaltung kann es möglicherweise nur eine Vereinsförderung geben, welche die Umsetzung dieses Projektes sicherstellt. Dies ist jedoch noch zu prüfen und eine Weitergabe an den zuständigen Ausschuss zu veranlassen. Durch noch zu planende Aktionen des Vereins soll auch die Öffentlichkeit einbezogen werden. Ein Pflanzkonzept der Hochbeete ist in die Kalkulation bereits eingearbeitet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es hierzu einen Antrag **AN/071/2021** der Fraktion DIE LINKE. gibt, welcher von Herrn Mercan vorgetragen wird.

Die Verwaltung schlägt vor, für Umweltmaßnahmen des BBH Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um möglicherweise die Umsetzung des Projektes sicher zu stellen. Ansonsten entstehen seitens der Verwaltung Schwierigkeiten mit den gesetzlichen Vergaberichtlinien einer Verwaltung.

Im Anschluss wird durch den Vorsitzenden der TOP - aufgrund Beratungsbedarf in den Fraktionen - der Antrag auf die kommende Sitzung des UA vertagt. Bis zum diesem Zeitpunkt wird die Verwaltung gebeten, die Möglichkeiten der Finanzierung dieses Projektes zu prüfen.

2021/061

9. **51. Flächennutzungsplanänderung für den Bereich "Alte Reitbahn" - Flurstücke 973 und 972 der Flur 8 sowie Flurstück 1 der Flur 9**
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage

2021/059

10. **Bebauungsplan Nr. 99 "Alte Reitbahn"**
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage

2021/060

11. **Bebauungsplan Nr. 100A**
- Teilung des Geltungsbereichs des B-Plans Nr. 100
- Entwurfsbeschluss
- Beschluss zur Offenlage

Zunächst stellt die Verwaltung die anwesenden Gäste, **Frau Andresen vom Planungsbüro Andresen Landschaftsarchitekten und Herr Sell vom Planungsbüro clausen-seggelke Stadtplaner mbH**, vor. Beide Büros wurden von der Verwaltung mit der Bearbeitung, der unter TOP 9 - 11 genannten Bauleitpläne beauftragt. Diese werden im Anschluss in einem kompakten Vortrag dem Ausschuss präsentiert. Hiernach besteht die Möglichkeit, Fragen an die Planer zu wenden.

Herr Sell führt aus, dass die beiden Bebauungspläne sowie die Flächennutzungsplanänderung gemeinsam erarbeitet werden. **Frau Andresen** übernimmt hier die Aufgaben der Umweltprüfung und hat die Festsetzung der Grünordnung in den Planungen mitentwickelt. Im Vorfeld dieser Sitzung wurde den Mitgliedern des Ausschusses die Präsentation übermittelt.

Anschließend eröffnet die Verwaltung die Fragerunde, um den Ausschussmitgliedern die Beantwortung eventueller Fragen durch die Fachplaner zu ermöglichen.

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob man bereits jetzt eine Aussage zur Wärmeversorgung der beiden Neubauten tätigen kann. Die Verwaltung antwortet hierzu, dass dies keine Thematik eines B-Planes ist. Die Nutzung von regenerativer Energie ist im BauGB festgelegt und in diesem Projekt vorgesehen. Darüber hinaus gehende Abstimmungen mit dem Investor gibt es nicht. Eine Vorgabe an den Bauherren, in welcher Form dieser regenerativen Energie berücksichtigt, kann nicht erfolgen.

Ein Mitglied des Ausschusses möchte ebenfalls wissen, ob es im Bereich des „geförderten Wohnens“ des Bebauungsplanes Nr. 99 „Alte Reitbahn“ Balkone gibt. Dies kann seitens der Verwaltung bejaht werden, zumal Außenwohnbereiche gesetzlich vorgegeben sind.

Der Ausschussvorsitzende hat zu dem Erschütterungs- und Schallschutz-Gutachten des B-Planes Nr. 100 A folgende Frage: Sind hier die Zahlen der Hinzunahme von Zugverbindungen unter Berücksichtigung der S4/Hinterland-Anbindung bzw. Fehmarnbeltquerung in Ansatz gekommen oder wurden die jetzigen Zugbewegungen genommen? Herr Sell versichert, dass hier die zukünftig zu erwartenden Zahlen berücksichtigt wurden.

Der Vorsitzende verliest anschließend zunächst den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. **2021/061** und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 1 WAB, 1 Linke)
4 dagegen (3 SPD, 1 FDP)

Dem Beschluss der Vorlagen-Nr. **2021/061** wird somit zugestimmt.

Die beiden Bebauungspläne Bebauungsplan Nr. 99 "Alte Reitbahn" Vorlagen-Nr. **2021/059** und Bebauungsplan Nr. 100 A Vorlagen-Nr. **2021/060** sind Kenntnisnahmen und werden im Bau- und Planungsausschuss weiter behandelt.

12. Treibhausgasneutralität

12.1. CO2-Bilanz - Nutzen/Methodik

Die Verwaltung ergreift das Wort und bezieht sich in ihrem Bericht zusammenhängend auf die Anträge **AN/046/2021**, **AN/047/2021** sowie **AN/053/2021** und beantwortet die Fragen wie folgt:

12.2. Antrag der CDU "Treibhausgasneutralität d. öffentlichen Gebäude in Ahrensburg

1. Welche Gebäude in Ahrensburg werden betroffen sein, erfüllen nicht die Kriterien?

Antwort der Verwaltung: Kein Gebäude erfüllt die Kriterien vollends

„Auf dem richtigen Weg“ lt. Verwaltung sind folgende Gebäude:

- Kita Heimgarten; Neubau mit Wärmepumpe
- FFW Weinberg; Fernwärme
- Ahrensfelder Kamp; Fernwärme
- Marstall; Fernwärme

2. Wie weit sind sie jeweils einzeln prozentual ca. von der Zielerreichung entfernt?

Antwort der Verwaltung:

Strom 2.522 MWh (2019)

Beschaffung CO₂ – Neutral

CO₂ –Minderung: 1.094 Tonnen (nach Strom Mix BRD 2019, Quelle UBA)

Gas 10.556 MWh (2019)

Beschaffung konventionelles Erdgas

CO₂ –Emissionen (äq): 2.607 Tonnen

Einsparung über alle Liegenschaften ca. 30 Prozent (ohne Fernwärme)

3. Bis wann müssen die öffentlichen Gebäude CO₂-neutral werden, bis 2045 oder schon früher?

Antwort der Verwaltung: Zielsetzung der Stadt!

4. Welche Größenordnung (Mio. €) an erforderlichen Investitionsmaßnahmen wird auf die Stadt für die Zielerreichung insgesamt zukommen?

Antwort der Verwaltung: Ziele sind gebäude- und umgebungsabhängig:

„Energetischer Dreisprung“

1. Energieeinsparung, Ausschöpfen von Einsparpotenzialen, durch Sanierung oder Neubau
 2. Effizienzsteigerung der Technik (Pumpen, Licht.)
 3. Deckung des Energiebedarfes durch EE
5. Wird es dazu Förderprogramme geben?

Antwort der Verwaltung: Es gibt bereits folgende Förderprogramme:

- KfW - EG 40- Standard
- BAFA
- Kommunalrichtlinie (nationale Klimaschutzinitiative) und weitere...

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag AN/046/2021 und fragt die Ausschussmitglieder, inwieweit noch Fragen bestehen.

Ein Ausschussmitglied möchte gern wissen, welchen Aufwand es für die Verwaltung bedeuten würde, bei allen öffentlichen Liegenschaften eine Gegenüberstellung der Nutzung durch regenerative bzw. konventionelle Energie auszuarbeiten. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass es in vielen Fällen gar nicht möglich ist bzw. erst geklärt werden muss, ob am Beispiel der Heimgarten-Schule ein Neubau oder die Sanierung des Bestandsgebäudes beschlossen wird. Somit ist eine Darstellung im Energiebericht nicht möglich, da dies entwicklungsabhängig zu betrachten ist.

Ein weiteres Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass für weitere Haushaltsplanungen entsprechende Mittel eingestellt werden müssen.

Im weiteren Verlauf der Wortmeldungen mehrerer Ausschussmitglieder wird deutlich, dass eine genaue Berechnung der einzelnen Gebäude erst erfolgen kann, wenn es einen gezielten Ablauf der geplanten Maßnahmen bei den öffentlichen Liegenschaften gibt.

Im Anschluss erläutert die Verwaltung, dass es aus ihrer Sicht sinnvoll wäre, eine Zielsetzung fest zu schreiben. In diesem Zusammenhang wäre mit einem Demographie-Gutachten der weitere Bedarf an öffentlichen Gebäuden zu prüfen. Pauschal kann derzeit davon ausgegangen werden, dass hoher Prozentsatz z. B. der KiTa-Plätze und Schulen im Jahre 2045 nicht mehr benötigt werden. Gleichzeitig ist auch das Alter der Gebäude zu betrachten und welche Gebäude nach Ablauf ihres Lebensalters zu erneuern sind.

Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion nehmen diese Informationen zur Kenntnis und verzichten auf eine Abstimmung ihres Antrages.

12.3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen zur Aufstellung einer CO2 Bilanz der Stadt Ahrensburg

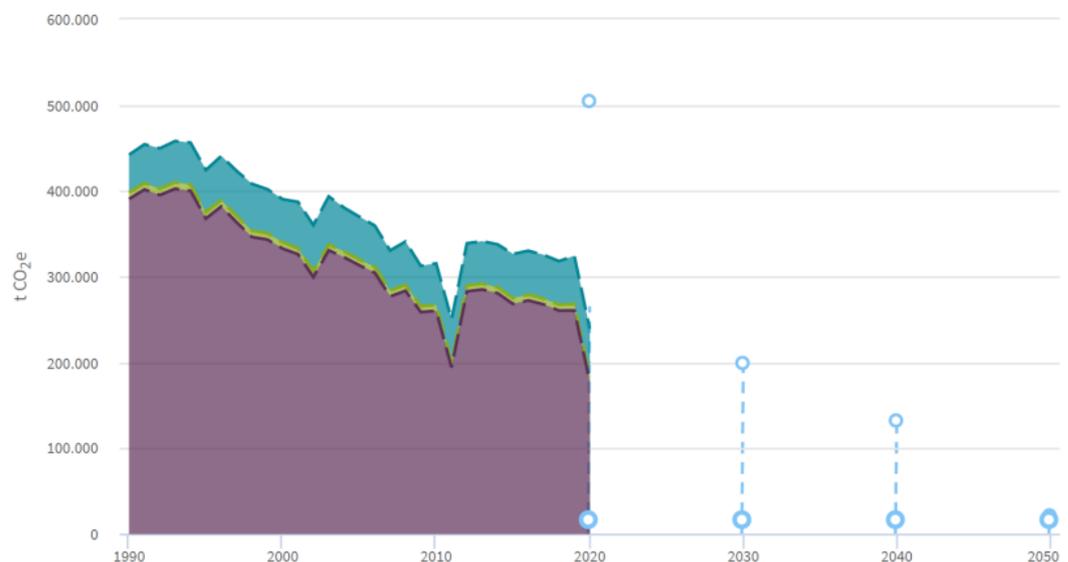
- Erstellung einer Gesamt-CO2-Bilanz
 - Praxisorientierte Maßnahmenaufstellung
 - 80.000 €
 - Anerkannte Messverfahren?

Zunächst einmal bittet die Verwaltung um Klärung, um welche *Messverfahren* es sich in dem gemeinsam von der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion gestellten Antrag **AN/047/2021** handeln soll. Es stellt sich heraus, dass es sich in diesem Fall um einen Kopierfehler handelt und er richtigerweise Berechnungsverfahren heißen soll, somit fährt die Verwaltung mit der nachfolgend ausschnittsweise dargestellten Präsentation fort.

AN / 047 / 2021

Trend & Entwicklung der Treibhausgasemissionen

Abbildung 1: Trend & Entwicklung der Treibhausgasemissionen



CO2- Äquivalente

- Maßeinheit zur Vereinheitlichung der Klimawirkung
 - Treibhausgase:
 - Kohlenstoffdioxid, Methan, Lachgas, Fluorkohlenwasserstoffe
- und weitere

12.4. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion Klimarelevante Emissionen Stadt Ahrensburg

AN / 047 / 2021

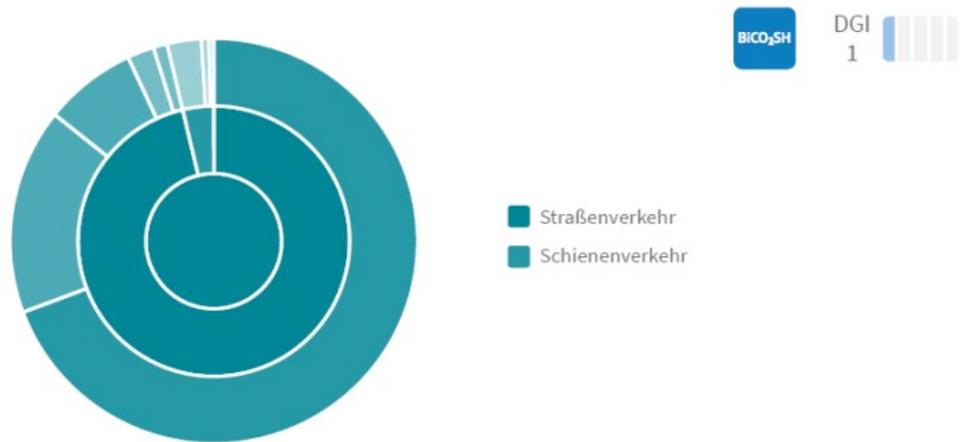
Tabelle 2: Treibhausgasemissionen von 2020 in t CO₂-Äquivalenten mit Anteil am Gesamtausstoß der Verbrauchssektoren in Prozent

Die Subsektoren werden vom größten zum kleinsten aufgelistet. Die gleiche Reihenfolge gilt im Uhrzeigersinn für den zweiten und dritten Ring des Diagramms.

Sektor	Emissionen [t CO ₂ e]
Stationäre Energie	178.037,82 (74,35%)
Private Haushalte	76.451,90 (42,94%)
GHD	73.644,38 (41,36%)
Industrie	24.090,17 (13,53%)
Kommunale Einrichtungen	3.851,37 (2,16%)
Verkehr	55.621,65 (23,23%)
Straßenverkehr	52.898,11 (95,10%)
Schienenverkehr	2.723,55 (4,90%)
Landwirtschaft	5.815,47 (2,43%)
Landnutzung	4.097,76 (70,46%)
Tierhaltung	1.717,71 (29,54%)

Endenergieverbrauch für Verkehr

Abbildung 5: Endenergieverbrauch von 2020 im Sektor Verkehr



Das Diagramm stellt eine Endenergiebilanz im Sektor Verkehr – inkl. Subsektoren – für das selektierte Jahr dar. (Für eine vollständige CO₂-Bilanzierung im Verkehrsbereich nach der BISCO-Methodik ist sicherzustellen, dass in der Dateneingabe die Fahrleistung im Öffentlichen Personennahverkehr ergänzt ist.)

Die Emissionen aus den energiebezogenen Sektoren stationäre Energie – inklusive Subsektoren – und Verkehr werden im vorliegenden Diagramm nach ihren Energieträgern aufgeschlüsselt.

4.1.9 Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts

- Gefördert wird die Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts im Bereich Klimaschutz, mit dem ein Antragsteller seine Klimaschutzstrategie und -maßnahmen aktualisiert, konkretisiert und ambitionierter gestaltet. Ziel des integrierten Vorreiterkonzepts ist die Erreichung der

Energieträger	Private Haushalte	GHD	Industrie	Kommunale Einrichtungen	Verkehr
Strom	22.453,13	42.768,29	7.181,50	957,05	2.542,89
Kraftstoffe gebündelt					53.078,77
Biomasse	255,35	20,40	392,66	–	–
Steinkohle	47,94	18,20	240,97	–	–
Braunkohle	350,00	0,00	4.726,78	–	–
Diesel	0,00	5.724,64	45,81	–	–
Fernwärme	0,00	52,83	0,00	308,72	–
Umweltwärme	79,86	4,77	28,29	0,00	–
Heizöl	16.557,52	8.421,51	1.901,04	–	–
Ottokraftstoffe	0,00	0,00	0,00	–	–
Flüssiggas	979,84	980,55	409,54	–	–
Erdgas	35.699,06	15.651,44	9.163,56	2.585,25	–
Solarthermie	29,20	1,74	0,00	0,35	–

Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040. Förderfähige Maßnahmen:

- Einsatz fachkundiger externer Dienstleister zur Konzepterstellung, Organisation und Durchführung von Akteurs Beteiligung - begleitende Öffentlichkeitsarbeit für die Höhe der Zuwendung gilt Nummer 7.4. Bewilligungsvoraussetzungen sind:
- Das integrierte Klimaschutzkonzept wurde bis zum 31.12.2016 fertig gestellt.
- Die Beantragung von Vorreiterkonzepten ist einmalig bis zum **31.12.2024** möglich. Der Bewilligungszeitraum beträgt in der Regel zwölf Monate.

Vorreiterkonzept vs. CO₂- Bilanz

- Zielsetzung der Stadt – Klimaneutralität bis 2040
- Konzeptförderung von bis zu 50 %
- Zusätzliche Förderung der Öffentlichkeitsarbeit
- Bewilligungszeitraum; zwölf Monate

Inhalt:

- CO₂
- Bilanz

Maßnahmen

- i) Nr. 4.1.9 Erstellung eines Vorreiterkonzepts Organisation und Durchführung von Akteurs Beteiligung: maximal 10.000 €, begleitende Öffentlichkeitsarbeit: in der Regel bis zu 5.000 €

Ziele

CO₂-Neutralität des gesamten Stadtgebietes

- bis wann?
- wie?

CO₂-Neutralität der öffentlichen Gebäude

- bis wann?
- wie? dann spätestens 2040!

2040?

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Gesamt CO₂-Bilanz für die Stadt Ahrensburg zu erstellen bzw. erstellen zu lassen sowie darauf aufbauend eine praxisorientierte Maßnahmenaufstellung, die vorgibt, wie gesetzte Einsparungsziele zu erreichen sind. Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 € werden für 2022 eingeplant.

Im Anschluss wird von einem Ausschussmitglied folgende Frage gestellt: „Wie werden in dem „Vorreitermodell“ die Basisdaten erhoben?“ Er gibt zu bedenken, dass in dem vorgestellten Klima-Navi bundesweite Referenzwerte in Ansatz gebracht werden, welche sich nicht auf Ahrensburg beziehen lassen.

Die Verwaltung antwortet, dass die Berechnung/Erhebung von Daten durch externe Dienstleister erfolgt. Es kann keine Aussage über die Werte bzw. deren Ansätze getroffen werden.

Ein weiteres Ausschussmitglied möchte zum Verständnis wissen, ob zur Teilnahme am „Vorreiterkonzept“ vorab eine Entscheidung der Stadtverordneten über die Zielsetzung der Stadt Ahrensburg vorliegen muss. Gleichzeitig wird nachgefragt, ob die Schaffung einer Fachstelle, welche sich vorwiegend um die verschiedenen Möglichkeiten von Ausschöpfung unterschiedlicher Fördermöglichkeiten kümmert.

Hier teilt die Verwaltung mit, dass diese Stelle noch nicht ausgeschrieben wurde und die Zuständigkeit zu einem anderen Ausschuss gehört. Seitens der Verwaltung sind die einzelnen Fördermöglichkeiten in den Fachdiensten bekannt.

Ein anderes Ausschussmitglied möchte wissen, wie es mit der „Grauen Energie“ in Ahrensburg bestellt ist. Gerade unter dem Aspekt von Abriss und Neubau stellt sich die Frage inwieweit dieses in eine CO₂-Bilanz mit einbezogen wird. Er befürchtet, dass dieser Aspekt nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Die Verwaltung antwortet hierzu, dass dies ein Thema der derzeit nicht besetzten Stelle des Klimaschutzmanagements ist. Grundsätzlich sind hier die Lebenszykluskosten entscheidend. Hier müsste eine Gegenüberstellung der Kosten zu den Lebenszykluskosten erfolgen. Zum Beispiel ist der heutige Austausch einer Beleuchtungseinheit bis 2045 noch einmal durchzuführen. Aus diesem Grunde kann nur ein Grobkonzept für jedes Gebäude erstellt werden. Nach Rücksprache mit der Klimaschutzmanagerin des Kreises ist es zu überdenken, ob es eine CO₂-Bilanz oder ein umfangreiches Konzept für die Stadt geben soll.

Abschließend äußert sich ein Ausschussmitglied, dass er den Antrag weiterhin befürworten würde mit dem Zusatz „unter eventueller Einbeziehung von Fördermöglichkeiten z. B. Vorreiterkonzept“.

Die Verwaltung weist nochmal einmal daraufhin, dass es einen bestehenden

Maßnahmenkatalog gibt, welcher der/die Klimaschutzbeauftragte abarbeiten soll. Hierzu gehört auch die Erstellung einer CO₂-Bilanz.

Nach Abschluss der Diskussion wird von einem Ausschussmitglied vorgeschlagen, die Summe von 80.000 € im Haushalt mit einem Sperrvermerk versehen. Hierüber wird kurz abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **1 dafür**
 9 dagegen
 3 Enthaltungen

Der Vorschlag wird somit abgelehnt.

Hiernach verliert der Vorsitzende den Beschlussvorschlag aus dem Antrag **AN/047/2021**.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird eine CO₂-Bilanz für die Stadt Ahrensburg erstellen bzw. erstellen lassen sowie darauf aufbauend eine praxisorientierte Maßnahmen-aufstellung, die vorgibt, wie gesetzte Einsparungsziele zu erreichen sind. Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 € werden für 2022 eingeplant. Folgende Punkte aus dem Antrag **AN/053/2021** der CDU-Fraktion werden hinzugefügt.

1. Ergänzung der Bilanz um Methan und Lachgas, falls für Ahrensburg relevant
2. Anerkannte Berechnungsverfahren zur Bestimmung der Emissionen, die Maßnahmenaufstellung beinhaltet einen Zeit- und Kostenplan, der
 - a) die Prioritäten entsprechend der Wirksamkeit der Maßnahmen enthält,
 - b) hinsichtlich der Finanzierung womöglich zwischen Eigenanteil der Stadt und externer Förderung durch Bund, Land oder Kreis unterscheidet. In diesem Zusammenhang sollen auch die öffentlichen Gebäude der Stadt Ahrensburg in Bezug auf Treibhausgasneutralität betrachtet werden.
 - c) In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob das Förderprogramm des NKL „**4.1.9 Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts**“ zum Tragen kommt.

Abstimmungsergebnis: **10 dafür (4 CDU, 3 Grüne, 2 SPD,1 Linke)**
 2 dagegen (1 FDP, 1 WAB)
 1 Enthaltungen (1 SPD)

Der Antrag ist somit angenommen.

13. Urbaner Stadtpark in Ahrensburg

AF/2021/015

13.1. Anfrage der FDP zur Generierung von Fördermitteln für den Urbanen Park

Die Verwaltung berichtet, dass es diese Anfrage gleichlautend im BPA gab und die Beantwortung vom FD IV.2 diesem Protokoll als **Anlage** zu Kenntnis mit beigefügt wird.

14. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Dieser TOP wird von den Ausschussmitgliedern zu Kenntnis genommen.

15. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023

In dieser Sitzung wird erstmals der Haushalt für die Haushaltsjahre 2022/2023 vorbesprochen.

Die Verwaltung geht folgend auf alle Positionen der Anlage 7 der Vorlage ein, die seitens der Ausschussmitglieder Fragen aufwerfen oder aber noch einmal einer Benennung bedürfen.

53810 Bedürfnisanstalten

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
• Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	5231000	7231000

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass das mobile WC in der Straße Alter Postweg seit dem Juli 2020 aufgestellt ist und Mietkosten von 130 €/Monat verursacht. Der Bedarf wurde zwar von der unmittelbar betroffenen Firma Prinovis angezeigt, die dort haltenden LKW's können von der Verwaltung jedoch nicht einzelnen zu beliefernden Firmen zugeordnet werden; insofern erübrigt sich eine Erstattung.

Von Seiten des Ausschusses wird moniert, dass sich der Ansatz von 22.000€/Jahr für das Jahr 2022 sowie 2023 mit den Mietkosten von 130€/Monat nicht erklären lässt. Die Verwaltung sagt hier eine Klärung bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses zu.

• Grundstücksabgaben, Versicherungen und Abfallentsorgungsgebühren	5241040	7241000
--	---------	---------

Die in Ansatz gebrachten Mittel beinhalten die Gebäude und Elementarversicherung der WC Anlage Große Straße und der WC Anlage Bahnhofstraße. Der Hauptanteil des Ansatzes ist zur Zahlung der Gebäudeversicherung für die WC-Anlage Rathausplatz notwendig. Der Mehrbedarf begründet sich in dem nun erstmaligen Abschluss der Elementarversicherungen für die Große Straße wie auch Bahnhofstraße.

55100 Park- und Gartenanlagen (öffentliches Grün)

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
• Zuweisungen und Zuschüsse Für lfd. Zwecke übrige Bereiche	4148000	614800

Der Ausschuss bittet um Klärung, aus welchem Grund die Planung 2020/2021 in Höhe von 5.000€/Jahr in den Ansatz 2022/2023 und lfd. in 1.000€/Jahr geändert werden konnte.

Die Verwaltung äußert dazu, dass es sich bei diesen Positionen um so genannte „Platzhalter“ handelt. Die Summe lässt sich nicht im Voraus genau beziffern.

- Erträge aus Kostenerstattungen 4487000 6467000

Die Verwaltung weist daraufhin, dass es hier Abschlagszahlungen geleistet werden und diese Summe stimmig ist.

- Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens 5221000 7221000

Im Frühjahr wurde von der Verwaltung berichtet, dass in diesem Jahr Grünzüge wie z. B. „Kattensteert“ in Insektenfreundliche Wiesen umgestaltet werden sollten. Dies ist nur teilweise erfolgt. Ein Ausschussmitglied möchte wissen, ob die im Ansatz 2022 und 2023 aufgeführten 330.000€/Jahr für eine Umsetzung ausreichen.

Die Verwaltung berichtet, dass diese Ansätze auskömmlich sind, sofern nicht zusätzliche Aufgaben hinzukommen. Die geplanten Kosten in der Begründung zur Mittelanmeldung von 386.000€/Jahr wurden auf 330.000€/Jahr gekürzt.

- | | <u>Ergebnisplan</u> | <u>Finanzplan</u> |
|--|---------------------|-------------------|
| • Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (einmalige) | 5221010 | 7221000 |

Die Verwaltung informiert die Ausschussmitglieder, dass es laufende Verhandlungen mit dem Künstler gibt. Die in Ansatz gebrachten Mittel fallen nur an, wenn der Muschelläufer wieder aufgestellt wird. Zurzeit zeichnet sich aus Sicht der Verwaltung eine andere Lösung ab. Alle Fraktionen wurden jeweils entsprechend durch den BM angeschrieben. Rückmeldungen sind noch ausstehend.

- Mieten und Pachten 5231020 7231000

In der Begründung Mittelanmeldung sind 11.000 €/Jahr Pachtzins für KGV Wulfsdorfer Weg aufgeführt. Im Ansatz 2022/2023 jeweils 9.000€/Jahr. Der Vorsitzende erbittet eine Erklärung.

Die Verwaltung informiert, dass der exakte Betrag bei 9.500€/Jahr liegt und entsprechend geändert werden könnte.

- Grundstücksabgaben, Versicherungen und Abfallentsorgungsgebühren 5241040 7241000

Der Ausschuss erläutert, dass in den Ansätzen 2022/2023 15.000€/Jahr angesetzt sind. Die RE 2019 in Höhe von 19.370,33€/Jahr und vorl.RE 2020 in Höhe von 18.079,35€/Jahr liegen deutlich höher.

Die Verwaltung teilt mit, dass es eine Mittelanmeldung von 20.000€/Jahr gab, welche gekürzt wurde. Es ist aufgrund steigender Abfallmengen und Entsorgungskosten davon auszugehen, dass die Summe des Ansatzes nicht auskömmlich ist.

Dem Ausschuss ist aufgefallen, dass die Begründungen Mittelanmeldung in vielen Punkten nicht zu den Zahlen der Ansätze 2022 und 2023 passen.

Zur kommenden Sitzung schlägt die Verwaltung vor, eine Überprüfung der Anmeldungen in Relation zu den Zahlen der Entwurfsfassung durchzuführen.

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	0800000	7631000

Ein Ausschussmitglied erfragt bei den anwesenden Fraktionen die Resonanz der Bürger und den anliegenden Geschäftsleuten zu den bereits aufgestellten Parklets. Aus seiner Sicht sind die Erfahrungen, der bereits aufgestellten Parklets weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Von einer weiteren Anschaffung von 6 Parklets sollte abgesehen werden. Nach einer regen Diskussion innerhalb der Ausschussmitglieder wird von der Verwaltung vorgeschlagen in der kommenden Sitzung hierzu Stellung zu beziehen.

Folgende Fragen sollten hierbei beantwortet werden:

- Unter welchen Kriterien wurde die jetzigen Standorte gewählt?
„Ruhezonen“ im rollenden bzw. parkenden Verkehr wurden von den Bürgern nicht verstanden/angenommen
- Aus welchem Grunde wurden die verschiedenen Anordnungen der einzelnen Parklets gewählt? In den seinerzeit vorgestellten Bildern waren andere Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt. Barrierefrei!
- Ist ein „Verrücken/Verschieben“ der Parklets nach der Bepflanzung überhaupt noch möglich?
- Wann und wohin werden die angeschafften Parklets verschoben?

Es wird ein Antrag aus den Fraktionen zur kommenden Sitzung gestellt, welcher die Streichung der 90.000€ im Haushalt hat. Die Verwaltung nimmt dies zur Kenntnis.

- Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleitplanung, Sachverständige etc. 5431010 7431000

In dem Ansatz 2022 und 2023 sind hier 20.000€/Jahr veranschlagt. Der Ausschuss möchte eine Erläuterung für welche Maßnahmen dies gilt.

Die Verwaltung teilt mit, dass es hier keine konkreten Projekte gibt. Vielmehr sind für die Umsetzung von Umweltplanungen die Hinzunahme von externen Sachverständigen nötig z.B. „historische Erkundungen Brinckmann-Gelände oder Deponie Hagener Allee“.

- Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau (sonstige) – Grünzug mit Wanderweg

<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
09000002	7853000

Bei dieser Position sind im Ansatz 2022 175.000€/Jahr aufgelistet.

Die Verwaltung erläutert, dass es sich bei dieser Summe um die Herstellung eines öffentlichen Wanderweges und einer Grünfläche im B-Plan 82 handelt.

Eine Umsetzung der Maßnahme ist für 2022 geplant.

- **55105 Kinderspielplätze**

<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
0900002	7853000

 Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau (sonstige) Neubau Spielplatz Lilienweg

Ein Ausschussmitglied erfragt, ob der Spielplatz in 2023 wieder abgängig ist. Dem optischen Anschein nach ist dies, aus seiner Sicht, augenscheinlich nicht der Fall.

Die Verwaltung informiert, dass es eine entsprechende Prioritätenliste gibt und man hier auf die Beurteilung durch einen Sachverständigen des Technischen Überwachung Vereines angewiesen ist.

- **56100 Umweltmaßnahmen**

<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
5431010	7431000

 Spezielle Geschäftsaufwendungen für Sachverständige etc.

Der Ausschuss bittet um Erläuterung, ob es sich bei der im Ansatz 2022 aufgeführten Summe von 72.000€/Jahr um eine Pauschale handelt.

Durch den Wegfall einer Personalstelle sind Aufgaben an das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) abgeben worden.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass neben den beschlossenen Messungen des DTV, es die Beschlusslage vorsieht, dass in der folgenden Stufe des Lärmaktionsplanes eine Ausarbeitung durch eine Lenkungsgruppe erfolgen soll. Die im Haushalt angesetzten Mittel reichen dafür nicht aus.

Abschließend wird die Verwaltung gebeten mit dem BM und dem zuständigen FD einen Lösungsvorschlag zur Neubesetzung der Personalstelle (Technischer Umweltschutz) auszuarbeiten. Ebenfalls wird die Verwaltung aufgefordert zur nächsten Sitzung entsprechende Zahlen der Umsetzung der Beschlüsse z.B. Lärmkartierung bzw. Lärmaktionsplan, aufzuzeigen.

Gleichzeitig bittet der Ausschuss um Klärung, der in der Begründung/Mittelanmeldung aufgeführten Summe zur Altlastensanierung Hundeübungsplatz Hagener Allee in Höhe von 15.000€/Jahr bis zur nächsten Sitzung.

56110 Klimaschutz

- | | <u>Ergebnisplan</u> | <u>Finanzplan</u> |
|--|---------------------|-------------------|
| • Klimaschutz / Spezielle Geschäftsaufwendungen | 5431010 | 7431000 |
| Von den eingestellten Mitteln entfällt ein Anteil von zunächst pauschal angenommenen 60.000 € auf das Mobilitätskonzept (vgl. Antrag AN/061/2020, UA-Sitzung am 09.09.2020 und Vorlagen-Nr. 2021/078). Eine Fördersumme wird erwartet. | | |
| • RAP aus geleisteten Investitionszuschüssen für unbewegliches Vermögen. | 1991010 | 7817000 |

Abschließend teilt die Verwaltung mit, dass die Fördermittel für 2021 bereits ausgeschöpft sind. Vier Anträge 2021 konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

- | | | |
|--|---------|---------|
| • Geleistete Anzahlungen, Anzahlungen im Bau (sonstige) – Mobilitätskonzept Leih-Fahrräder/E-bikes/E-Lastenräder | 0900002 | 7853000 |
|--|---------|---------|

Ein Ausschussmitglied erbittet zum besseren Verständnis eine Erklärung der Verwaltung, zu der im Ansatz 2022 und 2023 eingestellten Summe von 160.000€/Jahr.

Laut Verwaltung ist die Höhe mit den notwendigen baulichen Einrichtungen verbunden. Eine weitere detaillierte Ausarbeitung erfolgt in einer Vorlage, zu einer der kommenden Sitzungen durch den neuen Klimamanager.

16. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Seitens der Organisation und Durchführung der Ausschusssitzung wird durch ein Ausschussmitglied darauf hingewiesen, dass es zwingend notwendig ist, für eine ausreichende technische Unterstützung in Form von mobilen Mikrofonen im Sitzungssaal zu sorgen.

Dieser Punkt wird zum nächsten Termin des UA am 08.12.2021 durch die Verwaltung umgesetzt.

Der Vorsitzende schließt die Veranstaltung um 23:15 Uhr.

gez. Christian Schmidt
Vorsitzender

gez. Claudia Cornehl
Protokollführerin